



OSL - Stellungnahme zu den Verschärfungen im Asyl- und Ausländergesetz

sehr grosszügig bemessen. Das Überrem-dungskonzept ist direkt von NaziDeutschland übernommen, bleibt aber Kern der Schweizer Gesetzgebung. Der Familiennachzug wird massiv eingeschränkt. Die zweifache Bestrafung wird oft angewendet. Sie führt dazu, dass Leute aus-geschafft werden, obwohl sie in der Schweiz den grössten Teil ihres Lebens verbracht haben. Die restriktive Migrationspolitik schliesst die Personen aus Nicht-EU-Staaten von vornherein aus und ist selbst von der Antirassismuskommission des Bundes als rassistisch beurteilt worden. Die extensiven Strannormen krimina-lisieren eine breite Vielfalt von Verhaltens-mustern. Jegliche kollektive Regularisierung der zahlreichen Personen, die ohne legalen Aufenthalt in der Schweiz arbeiten und leben ("Sans-Papiers") wird abgelehnt und sogar die extrem restriktive Einzelfallregelung wird jetzt abgeschafft. Es ist bezeichnend, dass die Schweiz im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Antirassismuskonvention bei der Migrationspolitik einen Vorbehalt geltend macht und somit offiziell zugibt, dass sie rassistisch ist.

Wie reagieren?

Umsomehr müssen wir uns als liberale und re-volutionäre Organisation die Frage nach der Zweckdienlichkeit der Mittel, die Frage nach der Strategie und Taktik stellen. In diesem Sinne und angesichts der wachsenden Unterstützung für ein zu ergreifendes Referendum (diesbezüglich war die Lage vor ein Paar Jahren noch anders), sehen wir uns gezwungen, an einige unangenehme Tatsachen zu erinnern. Diese werden sich nach der Abstimmung ohnehin schmerzlich bei denjenigen zurückmelden, denen sie heute nicht bewusst sind, oder die sie schlicht verdrängen wollen.

Eine Spirale der Niederlagen...

Der Bewegung zur Verteidigung des Rechtes auf Asyl und die Kreise, die sich mit den MigrantInnen solidarisieren, haben in den letzten zwanzig Jahren sämtliche institutionell-politi-schen Auseinandersetzungen gegen die sukzes-siven Verschärfungen des Asylrechtes und der Migrationengesetze verloren. Diese Niederlagen hatten weitgehend weder mit den Argumenten, noch mit der fehlenden Entschlossenheit oder Energie der AktivistInnen zu tun.

Völlig berechtigt ist die Empörung gegenüber dem Mass an Verachtung der Grundrechte und der internationalen Verpflichtungen der Schweiz, die die Praxis und "Neuerungen" erreicht hat. Wir teilen dieses Entsetzt worden wegen Verletzung des Rechtes auf Privat- und Familienleben (Verweigerung des Familiennachzugs), oder wegen Verletzung des Verbots von Ausschaffungen in Länder, wo der Person Folter oder unmenschliche und erniedri-gende Behandlung droht. Kürzlich haben sowohl Europarat als auch das UNO-Komitee gegen Folter die Schweiz wegen ihrer schweren Verletzung von Grundrechten durch ihre Migrationspolitik gerügt.

Asylpolitik

Die Rekursmöglichkeiten werden sukzessiv eingeschränkt. Bevorzugt werden "schwache" Aufenthaltsregelungen um die Vorschriften der Flüchtlingskonvention von 1951 zu umgehen. Mit der Einführung der Administrativhaft können Menschen bei Bedarf deliktunabhängig in den Knast gebracht werden. Um Verhalten zu ah-nen, die nicht gesetzeswidrig sind, werden Rayverbote erlassen. Die Sozialhilfe für AsylbewerberInnen liegt tief unter dem Niveau, das für BürgerInnen mit schweizer Pass als Menschenwürdigkeitsgrenze definiert worden ist. Fingerabdrücke werden systematisch erfasst - eine Prozedur, welche normalerweise GesetzesbrecherInnen vorbehalten ist. Die Möglichkeiten der Behörden, Nichteintrittsent-scheide (NEE) betreffend Asylgesuche auszusprechen, werden ausgedehnt. Ganz und gar mit-tellos NEE-Opfer werden einfach auf die Strasse gestellt. Die existierenden Gefahren bei Ausschaffungen werden nicht beachtet. Die Gewaltanwendung bei Ausschaffungen, ist gängige Praxis und hat auch schon zum Tod geführt. Dies sind bloss ein Paar Beispiele von dem, was AsylbewerberInnen hier erdulden müssen.

Migrationspolitik

Die "anderen" AusländerInnen bleiben nicht ver-schont: Die Visumserteilungspraxis ist oft willkür-lich. Der Ermessensspielraum der Behörden ist

Durcissement de la Loi sur l'asile et de la Loi sur les étrangers:



Position de l'Organisation Socialiste Libertaire

Face au degré de mépris des droits élémentaires et des engagements internationaux de la Suisse que manifeste la pratique et les «nouveau-tés» législatives introduites ou en voie d'introduction, l'indignation est de mise et nous la partageons:

La Suisse a été condamnée à plusieurs reprises par des instances internationales pour violation de la garantie de la vie privée et familiale (refus de regroupement familial), ou pour violation de l'interdiction de refouler des personnes vers des pays où elles craignent la torture ou des traitements inhumains et dégradants. Tout récemment, tant le Conseil de l'Europe que le Comité de l'ONU contre la torture ont critiqué vivement la pratique restrictive de la Suisse, estimant qu'elle portait gravement atteinte à des droits fondamentaux.

Politique en matière d'asile

Les voies de recours sont systématiquement réduites. Préférence est donnée aux statuts précaires contournant les exigences de la Convention de 1951 relative au statut des réfugiés*. Avec la création de la détention «administrative», il devient possible d'incarcérer des personnes en-dehors de toute commission de délit. Les interdictions de zone sanctionnent des comportements qui ne sont aucunement punissables. L'aide sociale est massivement inférieure à ce qui est considéré comme la limite de la dignité humaine des citoyenNEs suisses. Les empreintes digitales sont systématiquement relevées, traitement généralement réservé aux délinquants. Les motifs pour lesquels l'administration peut simplement refuser d'entrer en matière sur une demande d'asile se multiplient. Les victimes de non-entrée en matière plongées dans le dénuement le plus complet sont tout simplement mises à la rue. Les dangers existant en cas de retour forcé ne sont pas pris en compte. Les brutalités

lors de l'exécution des renvois sont monnaie courante et débouchent parfois sur la mort. Ce ne sont simplement que quelques exemples de ce que vivent les demandeurs d'asile.

Politique migratoire

Les «simples étrangers» ne sont pas en reste: En matière de visas, les refus arbitraires sont fréquents. Une très large liberté d'appréciation est laissée à l'administration. Le concept de surpopulation étrangère («Überfremdung») est directement emprunté à l'Allemagne nazie, mais continue à avoir rang légal. De nombreuses limitations sont mises au regroupement familial. L'application de la double peine, aboutissant à expulser des personnes ayant vécu l'essentiel de leur vie en Suisse, est fréquente. Notre politique d'immigration exclut d'emblée tous les ressortissants provenant d'un pays hors Union européenne. Elle a été qualifiée de raciste par la Commission fédérale contre le racisme. Des clauses pénales extensives criminalisent une palette très large de comportements. La Suisse s'obstine à refuser toute régularisation collective des très nombreuses personnes travaillant et résidant sans statut légal en Suisse et même la procédure au cas par cas extraordinairement restrictive passera maintenant à la trappe. Il est très révélateur qu'à l'heure de ratifier la Convention pour l'élimination de toutes les formes de discrimination raciales, la Suisse ait dû exclure toute sa politique d'immigration du champ d'application de la convention, ce qui constitue un aveu officiel.

Comment réagir?

En tant qu'organisation politique libertaire et révolutionnaire, nous ne pouvons cependant éviter de nous poser la question de l'adéquation des moyens aux fins, de la stratégie et de la tactique.

Diese sich Schlag auf Schlag folgenden Verschärfungen laufen immer nach dem gleichen Muster ab:

- I. Eine fremdenfeindliche Volksinitiative wird knapp abgelehnt.
- II. Die nächste Gesetzesrevision integriert den grossen Teil des Inhaltes der Initiative.
- III. Trotz Bedenken eines grossen Teils der Bewegung wird das Referendum ergriffen.
- IV. Dieses kommt mühsam zu Stande.
- V. Die Abstimmung wird 4:1 verloren zugunsten der Fremdenfeinden und des Bürgerblocks.

Die Referendumsanstrengungen der AktivistInnen haben letztendlich bewirkt, dass eine abermalige rassistische Verschärfung der Gesetzgebung nicht nur nicht verhindert, sondern durch eine Volksabstimmung noch zusätzlich "legitimiert" worden ist. Zudem boten die Abstimmungskampagnen den PopulistInnen jedes Mal eine ideale Plattform, um mit einem Millionenbudget ihre rassistische Ideologie zu verbreiten. Nun soll in diesem verhängnisvollen Niederlagensog also die nächste Stufe gestartet werden.

Schon die Wiederholung dieser Niederlagen (aber auch die Tatsache, dass sie immer schmerzlicher werden) sollte die sture Überzeugung in Frage stellen, wonach Abstimmungskampagnen die bevorzugte Gelegenheit sind, eine gesellschaftliche Diskussion in Gang zu bringen und an Boden zu gewinnen.

...aus der es auszubrechen gilt!

Wir leben in einer Gesellschaft, die von Fremdenfeindlichkeit durchzogen ist. Angefacht wird diese Fremdenfeindlichkeit wesentlich durch die neoliberale Offensive und den Sicherheitswahn. Sogar Teile der Linken und der ArbeiterInnenbewegung haben durch Eigeninteressen oder Dummheit dazu beigetragen und/oder tragen noch heute dazu bei.

Aber das Wesentliche ist nicht das institutionell-politische Ereignis der Abstimmung. Wir sind der Ansicht, dass die fremdenfeindliche Grundstimmung in der Gesellschaft bekämpft werden soll, und dass verlorene institutionellen Schlachten keinen Beitrag dazu leisten. Die Abstimmung bestätigt und erhärtet den Ist-Zustand, und eröffnet keine Perspektive, ihn zu verändern. Wir werden deshalb beim Referendumskomitee nicht mitmachen.

Natürlich bleibt eine Abstimmungskampagne eine Gelegenheit, Widerstandspositionen hörbar zu machen. Klar ist auch, dass man den öffentlichen Raum nicht der fremdenfeindlichen Botschaft überlassen darf. Bei dieser Gelegenheit wie im Alltag und überall, wo es möglich ist, soll die antikapitalistische Linke sich zu Wort melden und zur Solidarität mit unseren migrierten Schwestern und Brüdern im Rahmen eines gemeinsamen Befreiungsprojektes aufrufen.

Der Kampf geht weiter!

Wir werden weiterhin in den Gewerkschaften, in den sozialen Bewegungen, in selbstorganisierten Migrationzusammenhängen und in Gruppen zur Verteidigung der Rechte der MigrantInnen aktiv sein, um den aufgrund ihrer Nationalität diskriminierten Personen ein Gesicht, eine Präsenz und eine gesellschaftliche Anerkennung zu geben und dem Herrschaftssystem die Einhaltung der Grundrechte unserer Schwestern und Brüdern MigrantInnen abzutrotzen. Wir kämpfen für eine komplette Gleichstellung aller Leuten, die in diesem Land arbeiten und leben.

Der Kampf der neuen MigrantInnen (AsylbewerberInnen, Sans-Papiers, Abgewiesene, zukünftige MigrantInnen aus dem Osten mit legalen, aber prekären Status) kann sich nicht ausschliesslich auf das Bleiberecht und den Aufenthaltsstatus beschränken. Man muss dieses am meisten prekarierte und ausgebeutete Segment des Proletariats befähigen und unterstützen, am Arbeitsplatz zu kämpfen und sich auf eine basisdemokratische Weise zu organisieren. Dies schliesst auch die elementarsten Widerstandsformen wie rechtliche Verteidigung ein. Es geht darum, sukzessiv eine Aktionsfähigkeit gegen die Unternehmer und den Staat aufzubauen (der Staat lässt heute AsylbewerberInnen unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten), um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Dieser Kampf ist ein Schlüssel, um auf der Ebene der Grundrechte der neuen MigrantInnen vorwärts zu kommen.

Wir werden weiterhin die Solidarität und den Kampfgeist aller Ausgebeuteten und Beherrschten gegen die Herrschenden wo überall möglich fördern. Sie versuchen nur uns zu spalten, um ihre Macht zu sichern. Es geht uns darum, den antikapitalistischen Widerstand und den Kampf aller Lohnabhängigen und Ausgebeuteten gegen den Apartheidstaat aufzubauen. Gerade die kollektiven und selbstverwalteten Auseinandersetzungen und Kämpfe an der Basis sind es, die das Kräfteverhältnis substanziell verändern werden.

* Diese Konvention ist am 22. April 1954 in Kraft getreten. Die Schweiz hat sie am 21. Januar 1954 unterzeichnet. Heute sind es 137 Staaten, die diesen Schritt gemacht haben. Der Text ist unter www.unhcr.ch zu lesen.

Organisation socialiste libertaire
Libertäre Sozialistische Organisation

Rebellion - info@rebellion.ch

* Cette convention est entrée en vigueur le 22 avril 1954. La Suisse l'a ratifiée le 21 janvier 1955. 137 Etats l'ont signée. Son texte est accessible sous www.unhcr.ch

Nous continuerons à promouvoir partout où nous le pouvons la solidarité et la combativité de l'ensemble des exploités et des dominés contre les dominants, ceux et celles qui cherchent à les diviser pour mieux régner : il s'agit de construire la résistance anticapitaliste et la lutte contre l'Etat d'apartheid de toutes les salarités et exploitées! C'est dans la lutte autogérée à la base que l'on peut gagner des changements significatifs du rapport de forces.

Nous continuerons à nous battre dans les syndicats, les mouvements sociaux, les structures associatives auto-organisées et les groupes de défense des migrantes pour donner un visage, une présence et une reconnaissance sociale aux personnes discriminées pour leur nationalité, pour imposer au système de domination la reconnaissance des droits fondamentaux pour nos sœurs et nos frères des migrations. Nous luttons pour l'égalité complète, sur tous les terrains de la vie, entre tous les êtres humains qui travaillent et vivent dans ce pays.

Continuer à se battre

encore) à alimenter, par bêtise ou par intérêt. Cette xénophobie est nourrie par l'offensive néolibérale et l'hystérie sécuritaire. L'essentiel n'est pourtant pas dans l'événement institutionnel de la votation. Nous estimons qu'il faut s'attaquer à ce fonds de xénophobie dans la société et que les batailles institutionnelles perdues n'y contribuent pas. Le vote ne fait qu'entériner et durcir la situation sans permettre de la transformer. Nous ne participerons donc pas au comité référendaire.

Naturellement, une campagne de votation reste une occasion de faire entendre une position de résistance. Tout aussi clairement, il est impossible de laisser s'imposer dans l'espace public le message xénophobe. Il faut donc qu'à cette occasion, comme chaque jour, partout où c'est possible, la gauche anticapitaliste prenne la parole et appelle à la solidarité avec nos frères et nos sœurs des migrations, dans un projet commun d'émancipation et de libération.

Nous vivons dans une société largement minée par une xénophobie que même des secteurs de la gauche et du mouvement ouvrier ont contribué (et/ou contribuent

...Qu'il faut briser!

La simple répétition de ces défaites et le fait qu'elles s'aggravent d'échance en échance devrait faire remettre en question le dogme qui fait des campagnes de votation l'occasion privilégiée de mener un débat de société et de s'y gagner du terrain. Les défaites subies sont pourtant de plus en plus cinglantes!

Tous les efforts consentis par les militantes n'ont donc finalement abouti qu'à donner à une politique de plus en plus raciste et xénophobe la caution démocratique d'un vote populaire. Et l'étape suivante de cette funeste spirale de la défaite peut s'engager.

- I. une initiative xénophobe est rejetée de justesse.
- II. La prochaine révision législative intègre la majeure part des contenus de l'initiative.
- III. Le référendum est lancé malgré les objections d'une grande partie du mouvement.
- IV. L'ensemble des militantes se sent obligé de suivre.
- V. Le référendum aboutit au forcps.
- VI. La votation est perdue à 4:1 contre les xénophobes et le bloc bourgeois réunis.

Le mouvement de défense du droit d'asile, les milieux solidaires des migrantes ont perdu depuis vingt ans toutes les batailles institutionnelles menées contre les durcissements successifs du droit d'asile et du droit des migrantes. Ces défaites ne tiennent ni à l'argumentation, ni au manque de détermination ou d'énergie d'opposantes.

Une spirale de défaites...

A ce titre, et au vu de la croissance du soutien à l'option référendaire, encore très minoritaire il y a quelques années, nous tenons à rappeler ici quelques vérités désagréables qui ne manqueront pas de s'imposer douloureusement demain à ceux et à celles qui auront voulu les oublier aujourd'hui.